

Polit-Mobbing: Steckenpferd der Medien

Veröffentlicht am 22.08.2001

Das Politmobbing ist zum Steckenpferd der Medien geworden. Auch in der Schweiz! Mobbing gab es eigentlich schon immer. Es darf nicht mit der in einer Demokratie notwendigen öffentlichen Kritik verwechselt werden. Hat nichts mit Verleumdung, Schlechtmachen bzw. "character assassination" Einschüchterung und Bedrohung zu tun. Beim Mobbing ist das Ziel, die anvisierte Person in eine Situation zu bringen, in welcher sie von sich aus auf die von ihr eingenommenen Position verzichtet.

Die treibenden Kräfte eines erfolgreichen Mobbing treten zwar auch in Erscheinung, aber meistens getarnt durch eine Vielzahl kleiner, mit dem angestrebten Ziel nicht direkt verbundener, oft über eine längere oder kürzere Zeit nebeneinander laufender Aktionen, Worte, Situationen, die schliesslich ein Klima schaffen, in welchem die betroffene Person nicht mehr den Mut hat, weiterzumachen, sich aufbäumt oder verloren vorkommt, und so vom Aufgeben, über die Selbstbeschuldigung, oft bis zum Selbstmord getrieben wird.

Die "Mobbers" haben selten den Mut zu sagen, dass sie die von ihnen anvisierte Person aus persönlichen, wirtschaftlichen, politischen oder irgendwelche anderen Gründen weghaben wollen. Nein, sie legen sich das Mäntelchen der Rechtmässigkeit und einer sogenannt höheren Verantwortung um: Es gehe ihnen um das Wohl des Landes, der Allgemeinheit, eines Unternehmens, ja letztlich um das Wohl des Betroffenen selber!?

Das ist natürlich der ideale Boden für viele auf Sensationen angewiesene Journalisten, Kommentatoren, Moderatoren, Kolumnisten und Redaktoren. Mobbing gibt es in allen Medien, besonders aber im Radio und Fernsehen wegen dem breiten Zugriff auf die öffentliche Meinung. Dabei gehe es den Mobber, so sagen sie, nur um die Wahrheit zum Schutze höherer Güter, wie Moral, Ethik, Rechtsordnung und Gerechtigkeit, Staat und Allgemeinheit usw. usf. Sie vergessen dabei, dass der Schutz dieser Rechtsgüter Sache der, zumindest in der Schweiz, immer noch vom Volk ernannter und unabhängiger Richter in einem ordentlichen, durch das Recht geregelten Verfahren ist. Ein Verfahren, in welchem der Angeschuldigte anzuhören ist (das altrömische *audiatur et altera pars*) und sich verteidigen kann.

Kein Problem für eine Reihe von Super-Medien-Mobber; da werden halt solche Gerichtssitzungen vor dem Fernsehen inszeniert! PPDA, Patrick Poivre d'Arvor, der Superstar von Frankreich TF1, hatte dies schon während den französischen Präsidentschaftswahlen 1995 benützt, um den Kandidaten Edouard Balladur von der Wahl wegzumobben. Elisabeth Kopp, aber neuerdings die Herren Hess und Aliesch könnten von solchen Gerichtssitzungen zum Beispiel am Dienstagabend-

Club bei SF 1 ein Lied singen. Obwohl sie links vom Oberrichter bzw. dem Supermoderator, auf das Verhör der Ankläger auf der rechten Seite antworten können, werden sie meistens unterbrochen, ziemlich ausfällig angegriffen und buchstäblich vor dem Fernsehen „hingemacht“ und als schuldig erklärt, meistens mit einer beleidigenden Schlussbemerkung, wie „Herr Aliesch haben Sie denn das noch immer nicht kapiert“.

Für dies Art von Mobbing gäbe es hunderte von Beispielen, angefangen vom Sonntagsblick über die Kaktusverteilung in der Schweizer Illustrierten bis weit hinein in alle Redaktionsstuben. Solange es sich um politische Kritik und offene Information handelt, gehört das zur demokratischen Auseinandersetzung. Wenn aber jemand in den Medien als schuldig erklärt beziehungsweise hingestellt wird, bevor ein ordentlicher Richter gestützt auf klare Beweise darüber befunden hat, dann ist das ein Amtsmissbrauch, der genau so strafbar ist, wie das, was alle diese selbsternannten Richter ihren mediensmässig meistens hilflosen Opfer vorwerfen. Auch in der Schweiz gilt immer noch die Unschuldsvermutung bis zur endgültigen Verurteilung!

Schengen - Kein wirksamer Schutz gegen die gefährlichen Ausmasse der Völkerwanderung dieses Jahrtausend

Veröffentlicht am 04.09.2001

Auch die Russen werden wohl recht bald, zusammen mit den Serben und anderen slawischen Gruppierungen (der Panslawismus ist heute mehr denn je "in") wieder massiver, als die jetzige militärische Unterstützung der Mazedonier, in Erscheinung treten. Schliesslich ist über den Brückenkopf Albanien mit dem weltweit militanten Islam zu rechnen.

Die armen Mazedonier

Über all das wird jetzt, trotz einiger schwacher Proteste mazedonischer Bürger, nicht gesprochen. Wenn wirklich nach dem Rezept des früheren deutschen Aussenministers Genscher "mit der Schiesserei im Balkan Schluss zu machen" gehandelt wird, dann sollte jetzt die UCK gezwungen werden, alle Waffen abzugeben. Erst dann könnte auch von den Mazedoniern gefordert werden, einen *Modus Vivendi* mit der albanischen Minderheit zu finden und einzuhalten.

Ein solches Vorgehen passt kaum in die langfristigen Pläne, den Balkan in Einflusszonen aufzuteilen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau, den die EU vorläufig als prioritär vorschiebt, ist sicherlich nicht im Sinne der USA. Die Rivalität zwischen EU und USA wirft da deutlich ihre Schatten voraus. Auf jeden Fall dürften aber beide

die Rechnung ohne den Wirt, nämlich die Slawen und dem weltweit militanten Islam, machen. Und zwischen diesen beiden lodert, trotz aller internationalen Sicherheitskorps, das Feuer in Bosnien und im Kosovo, wird früher oder später in Mazedonien und den serbischen Randgebieten mit aller Wucht aufbrechen. Wenn die EU und die USA das verhindern wollen, müssen sie sich zunächst mit den Russen einigen, die natürlich eine wirkliche Entwaffnung der UCK verlangen werden. Danach sieht es leider nicht aus. Die Schiesserei wird im Balkan weitergehen. Die Frage stellt sich, ob die EU und Nato nicht wieder einen Rückzieher machen nach dem noch viel älteren Rezept des ersten deutschen Kanzlers Otto von Bismarck „die Balkanesen“ seien „keinen Schuss wert“. Schade um den Balkan mit seinen landschaftlich schönen, von der modernen Industrie noch einigermaßen verschonten und zu Tourismus und Erholungsgebieten besonders geeigneten Ländern, seinen im Grunde genommen friedlichen, wenn auch leicht erregbaren und hitzköpfigen, gleichzeitig sympathischen, noch unverbrauchten und braven, arbeitsamen, kulturell wertvollen, im Freiheitswillen unbeugsamen, mutigen Menschen und Völker.

- Die auf Europa zurollenden Einwanderungsströme von Millionen entwurzelter, politisch verfolgter, wirtschaftlich notleidender, verzweifelter und zu allem bereiter Menschen, können gemäss der dem EU-Abkommen von Schengen zugrundeliegenden Idee nur mit einer gemeinsamen Grenze unter Kontrolle gebracht werden. Anstatt sich beim Schutz der nationalen Grenzen zu verzetteln, seien alle Kräfte auf den Schutz der Aussengrenzen zu konzentrieren. Dieser Schutz könne nur dann wirksam sein, wenn alle, vornehmlich die polizeilichen Massnahmen zentralisiert und einheitlich auf das ganze EU-Gebiet angewandt werden. Nationale Grenzen seien nicht nur überflüssig, sondern kontraproduktiv; ihr Wegfall sei zudem wesentliche Voraussetzung zur vollen Freizügigkeit in der EU.

Illusion einer friedlichen Integration der Zuwanderer

- Ein bestechender Gedanke. Die Verwirklichung eines lang ersehnten Wunsches derjenigen Europäer, die von einem neuen Europa träumen. Leider wird nicht erkannt, dass die nach Europa drängenden Menschen nicht nur als Bittsteller, als Asyl- und Schutz-Suchende sind, sondern sich zunehmend auch als Eroberer, als Menschen, die ein Recht auf Zulassung haben, empfinden. Aus dieser Mentalität heraus, sind die Besetzungs-Aktionen der "Papierlosen" in Kirchen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden zu erklären. Dabei ist vielen die Menschenrechtskonvention ein geeigneter Vorwand; andere, und es sind derer immer mehr, berufen sich auf eine Art Natur-Recht des Stärkeren zum Überleben. Das war eigentlich schon bei allen bisherigen Völkerwanderungen der Fall, nur mit dem Unterschied, dass diejenige, die jetzt auf uns zukommt, noch nie dagewesene Ausmassen annimmt!
- Von dieser Situation bis zum offenen Kampf (wie kürzlich in London und die täglich meistens blutig endenden Unruhen in allen grösseren europäischen

Städten) ist es nur noch ein kleiner Schritt. Reiche Länder werden in einer rascher ärmer werdenden Welt mit solchen "Eroberern" noch viel zu tun haben, besonders weil sich die organisierten und nicht organisierten Kriminellen, aber auch alle gefühlsmässig, spontan und aus Verzweiflung oder Langeweile handelnden Delinquenten, mit Vorliebe unter die ehrlich eine neue Heimat oder Zuflucht suchenden Einwanderer mischen.

Schengener Abkommen - Schutzwall mit vielen Schwachstellen

- Dem Schengener-Abkommen liegt der Denkfehler zugrunde, zu glauben, ein gemeinsamer Schutzwall und eine enge polizeiliche Zusammenarbeit innerhalb dieses Schutzraums genügen, um den geschilderten Zustrom von Einwanderern zu kontrollieren, die Kriminellen und Illegalen auszusondern und sicherzustellen.
- Die bisherigen Erfahrungen der EU, zum Beispiel mit der gemeinsamen Zollmauer, zeigen, dass sie vollständig versagt hat, weil sie eben, wie jede, Mauer immer nur so dicht sein kann, wie ihre schwächste Stelle. Und Schwachstellen gibt es bei der EU aus ihrer ganzen Konstruktion und geographischen Lage heraus in Hülle und Fülle! Da sind einmal die tausenden von Kilometern langen Küsten, die unwegsamen Berggegenden, wilde und unbewohnte Landstriche, die vielen ineinander vernetzten Flussgebiete, abgesehen von dem intensiven Bahn- Strassen- und Luftverkehr, der sich wegen den Massen von Menschen besonders an den Bahnhöfen und Flugplätzen (vor allem der Untergrundbahnen) nicht nur zum Einschmuggeln von Waren, sondern noch viel leichter zum Verstecken und der Infiltration von illegalen Zuwanderern eignet.
- Auch mit den modernsten Satelliten-Überwachungs-Systemen, mit Armeen von Polizisten und Kontrolleuren wird es niemals gelingen, eine EU-Aussengrenze „sicher zu machen“. Und je grösser der für ein solchen Schutzwall notwendige Apparat, desto grösser die Gefahr von dem altbekannten Laxismus einiger EU-Staaten, menschlichem Versagen, mangelnder Koordination, verschiedener Mentalitäten der Pflichtauffassung, divergierender administrativer Systeme bis hin zu Nachsicht und Korruption jeder Art. Da bleibt dann nichts mehr übrig als ein umfassendes zentral gelenktes Polizeisystem, einen eigentlichen Polizeistaat, mit allem was dazu gehört, aufzubauen. Im Vergleich zu den Erfahrungen mit der EU-Zollmauer hat sich da das System einer Freihandelszone wegen der Beibehaltung von nationalen Grenzen besser bewährt, weil die Schmugglerware immer wieder eine Grenze passieren und ihre Zugehörigkeit zum Freihandelssystem dokumentieren muss. Genau gleich ist es inbezug auf Menschen, die sich in ein Land oder eine Gruppe von Ländern einschmuggeln wollen. Anstatt eine einzige gemeinsame Grenze, müssen sie immer wieder Grenzen, eben die nationalen Grenzen, überwinden. Statt einer einzigen Kontrolle, eine Vielzahl von Kontrollen! Die Ereignisse in Göteborg und Genua zeigen wie

wichtig nationalen Grenzkontrollen gewesen wären, zum Beispiel, um die Raudaubrüder aus Deutschland an der Einreise nach Schweden zu hindern.

Vorschlag

- Wenn Frau Bundesrat Metzler wirklich etwas zum Schutz gegen die auf uns zurollenden Zuwanderer - Ströme, infiltriert mit gefährlichen Terroristen und Kriminellen, tun will, dann sollte sie die Regierenden der EU in Brüssel davon überzeugen, dass es in deren ureigenstem Interesse liegt, auf die im Schengener-Abkommen vorgesehene Abschaffung der nationalen Grenzkontrollen zu verzichten; stattdessen wären diese nationalen Grenzkontrollen so zu koordinieren, dass derjenige, der sich ordnungsgemäss auszuweisen vermag, frei und ohne allzu viele Umtriebe zirkulieren kann. Damit die nationalen Grenzkontrollen im Einvernehmen mit den anderen EU-Staaten ihre Kräfte voll auf die unklaren Fälle und auf das Abfangen aller Terroristen, Kriminellen und Illegalen konzentrieren können, würde es nicht schaden, an den Aussengrenzen der EU gewissermassen als erste Abwehr (die bekannten Vormauern der alten Eidgenossenschaft) einen gemeinsamen Sicherheitskordon aufzubauen. Im Falle eines Beitritts der Schweiz zu einem im vorstehenden Sinne revidierten Schengener-Abkommens, wäre es durchaus denkbar, dass sich schweizerische Polizisten, zusammen mit denjenigen der anderen EU-Staaten, an einem solchen Sicherheitskordon beteiligen. Damit würde die Zusammenarbeit auf der Ebene der Polizei gefördert; gleich wie dies in der Schweiz unter den Kantonen auf dem Wege der gegenseitigen Unterstützung von Fall zu Fall möglich ist.
- Wichtig ist, dass das Abwehrsystem gegen den Ansturm von Millionen von Menschen im Zuge der bevorstehenden Völkerwanderungen aus einem doppelten Schutz besteht. Innerhalb des EU-Raums würden die nationalen Grenzkontrollen ein, natürlich gegenseitig koordiniertes System von Schleusen darstellen, dem früher oder später der grösste Teil der Illegalen und Kriminellen in die Fänge gehen würden. Auch die Anwendung des Abkommens von Dublin über das Erst-Asylland würde dadurch erleichtert werden. Einzelne Staaten, wie besonders die Schweiz, könnten weniger von den anderen EU-Staaten dazu benützt werden, um die ihnen nicht genehmen Ausländer abzuschieben.

Eine solche Lösung würde der Schweiz ermöglichen, mit der Polizei der EU-Staaten noch enger als bisher zusammenzuarbeiten (was sie übrigens bereits jetzt nicht nur in Europa, sondern weltweit tut) bei einer aufeinander abgestimmten, aber auf keinen Fall einer gemeinsamen aus Brüssel diktierten EU-Zuslassungspolitik mitzumachen, ohne auf das Hoheitsrecht einer eigenen Grenzkontrolle verzichten zu müssen!

Cortis Swissair - klein aber fein, dafür mehr Qualität

Veröffentlicht am 12.09.2001

Den Flugexperten, die Cortis Sanierungspläne für die Swissair kritisieren, wäre, wie bei dem bekannten Vergleich eines Kritikers mit einem Eunuchen zu sagen, besser wissen ist nicht besser machen.

Der „Trend“ nach immer mehr Fusionen zu Supermega-Unternehmen, wird letztlich durch reine Profitgier diktiert: Es geht nicht einmal um die in den letzten Jahren hochgespielte shareholder-value, sondern ganz einfach darum, die Manager, einzelne Verwaltungsrats-Mitgliedern oder die hinter ihnen stehenden „Financiers“- Klüngel persönlich zu bereichern. Das ist eine Art Raubrittertum, dem es gar nicht mehr darum geht, der Gesellschaft Waren und Dienstleistungen, den einzelnen Menschen ein würdiges und Existenz sicherndes Auskommen, einem Land gesunde wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sicherzustellen. Natürlich geben sie sich die Mühe, all das in einer wettbewerbsfähigen Form sicherzustellen, aber tun das, um im Konkurrenzkampf mit den anderen Grossen bestehen zu können. Die Qualität ihrer Waren und Dienstleistungen ist dabei von sekundärer Bedeutung.

Wie ein grosser „Financier“ kürzlich am Fernsehen sagte, könne ein Unternehmen heute nicht mehr nach seiner Leistung zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Gesellschaft beurteilt werden, sondern einzig und alleine nach dem Gewinn, dem finanziellen Profit. Diesem Profit müsse bei Schwierigkeiten alles geopfert werden, angefangen mit zusammengekauften und in Fusionen verschluckten Unternehmen, neugeschaffenen Untergruppen und Abteilungen, unnötigen Tätigkeitsgebiete und die entsprechenden Einrichtungen, bis hin zu tausenden von Arbeitsplätzen. Ein Unternehmen müsse auf seine Grund- oder „Stammtätigkeit“ getrimmt werden. Nur so könne ein Unternehmen weltweit dem Konkurrenzdruck der anderen widerstehen und die für sein Überleben entscheidende Monopolstellung bewahren.

Bei diesem Prozess gibt es wenige Manager, die sich die Frage stellen, ob alle Probleme nicht durch eine überdimensionierte Grösse, Zerzettelung der Kräfte und mangelndem Zusammenhalt verursacht werden; ob es nicht zweckmässiger wäre, ein Unternehmen kleiner, übersichtlicher und weniger auf die Massenproduktion konzentriert, gesund zu schrumpfen: Die Bedürfnisse des Marktes, der Kunden und Abnehmer wieder in den Vordergrund rücken, Qualität und den Service pflegen, anstatt um jeden Preis möglichst grosse Profite machen, um sogenannte „Kampffonds“ für noch mehr Zukäufe zur Sicherung der Monopolstellung anzulegen. Natürlich, gleichzeitig mit noch grösseren persönlichen Profiten für die Manager. Es ist allgemein bekannt, dass das Salär des Managers bei Fusionen

proportional der neuen Grösse angesetzt wird, es deshalb immer mehr Fusionen und damit auch immer wieder andere Manager braucht.

Weil dem so ist, wird der neue Swissair-Chef, Mario Corti, von allen Seiten angegriffen. Er tut das Gegenteil, was alle angeblich erfolgreichen Manager tun. Zwar trimmt auch er die Swissair frei von allen zugekauften und im Drang nach dem Weltmonopol eingegangenen Beteiligungen und neu geschaffenen Anhängsel jeder Art. Leider auch die gut gehenden, weil die schlecht gehenden, besonders die notleidenden Fluggesellschaften in Frankreich, Belgien, Deutschland und Polen das angesammelten Eigenkapital aufgefressen haben. Übrigens weltweit typisch für alle Grossunternehmen. Der neue Swissair- Chef hat aber vor allem den Mut, sich zur Kleinheit des Unternehmens zu bekennen. Die Grösse jedes Unternehmens bestimmt sich letztlich, so Galbraith, nach dem, was es aus eigener Kraft, in bester Qualität und individuell auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten produziert. Vor allem, wenn es die erarbeiteten Gewinne nicht für Zukäufe, sondern im eigenen Betrieb verwendet. Im heutigen Grössenwahntaumel der Manager (die nicht Unternehmensleiter, sondern nur Financiers sind) ist der Mut zur Kleinheit und zur Spezialisierung mehr denn je gefordert. Nur auf diesem Wege kann aus der Swissair wieder ein wegen seiner Qualität, seiner Sicherheit und seines hochwertigen Personals geschätztes Flugunternehmen werden. Wie mir ein, jährlich tausende von Flugkilometer buchender Milliardär erklärte, könne er sich jede Chartermaschine oder auch eigene Flugzeuge leisten, aber wenn er die Wahl habe, würde er einem Flug mit der Swissair vor der SAIR-Zeit den Vorzug geben! Damit dies wieder Wahrheit wird, ist Mario Corti viel Ausdauer zu wünschen und dem Bund wäre aus der ganzen Schweiz nahe zu legen, sich endlich seiner Pflichten einer kleinen, aber feinen nationalen Fluggesellschaft gegenüber bewusst zu werden, übrigens gleich wie bei allen anderen für das Land wichtigen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen von der SBB, der Post, dem Telecom bis zur Elektrizitäts- und Wasserversorgung und allen für den Umwelt- und Landschaftsschutz wichtigen Institutionen!

Das Jahrhunderte alte Spiel der Grossmächte geht weiter.

Nach Bosnien, Serbien und Kosovo ist jetzt Mazedonien dran.

Veröffentlicht am 17.09.2001

Nato-Eingriff, eine Demütigung der Mazedonier

Die Truppen der Nato und der EU haben rasch gehandelt. Das Einsammeln der Waffen der albanischen „Befreiung“-Armee, UCK, soll angeblich schneller beendet

werden als vorgesehen. Kunststück, geht es doch nur um 3000 von weit über 601000 Waffen, die freiwillig abgeliefert werden. Oder handelt es sich etwa um ältere und reparaturbedürftige Modelle?

Wie dem auch sei, die zunächst 3000 Soldaten, dann 5000 und wohl bald noch viel mehr Natotruppen, die in Mazedonien für Frieden und Ordnung sorgen sollen, haben noch mehr erreicht. Mazedonien muss sich den übertriebenen Forderungen der UCK, Gleichberechtigung der Sprachen und proportional gleiche Beteiligung an der gemeinsamen Polizei, fügen. Gleich, wie bei den Luftwaffeneinsätzen gegen Serbien, das Diktat von Dayton für Bosnien und die Überwachung der Serben durch die KFOR im Kosovo, können die albanischstämmigen Bevölkerungsteile auch in Mazedonien mit der Balkan-Politik der westlichen Grossmächte zufrieden sein. Umso mehr als ihnen noch das Zückerchen gereicht wurde, die seit Jahrhunderten so stolzen Mazedonier durch den Einmarsch griechischer Truppen, dem jahrhundertalten Erzfeind Mazedoniens, als erstes Natokontingent auf dem Landweg, vom Süden her, wo noch weite Teile des ehemaligen Mazedoniens unter griechischer Herrschaft sind, zu demütigen.

Was für eine Art Friedenssicherung ist das?

Die verwirrende Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Rassen, Völker, Ethnien, Sprachen, Religionen und Kulturen, die sich seit dem Altertum im Balkan festgesetzt haben, wurde von den jeweils dominierenden Grossmächten dazu benützt, um diese einzelnen Völkergruppen gegeneinander aufzuhetzen und sie so ihrer jeweiligen Grossmachtspolitik, miteinander, meistens gegeneinander gefügig zu machen. (Vgl. Artikelserie in der Schweizerzeit vom 2.+ 9. April, 29. Mai 1992) Leider ist das auch heute noch so, nur das die Akteure auf dieser düsteren und menschenunwürdigen Szene gewechselt haben, oder wiederum neu in den Vordergrund getreten sind. Umso mehr als gegenwärtig in Europa der in sich zerstückelte Balkan vorläufig noch das einzig übriggebliebene Territorium für den Aufbau neuer Imperien oder Kolonialreiche ist. Natürlich unter einem anderen Namen, dem Mäntelchen der Humanität, der Friedenssicherung, eines wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaus, eines marktwirtschaftlichen Neoliberalismus, der sich zunehmend als ein Neokolonialismus der reichen Staaten gegenüber den armen und ärmsten Ländern entpuppt.

Das neuerwachte Interesse der USA

Seit dem Ende des letzten Weltkriegs hatten die USA mit anderen Problemen zu tun. Als Folge der doch überall auf der Welt erlittenen Fehlschläge zur Sicherstellung eines einigermaßen friedlichen Planeten, haben sich die Amerikaner, getreu der Politik Clintons, auf kleinere, ihrer Meinung nach zu leichteren Erfolgen führenden Aktionen konzentriert. Dabei sind sie auf den Balkan gestossen, allerdings ohne viel Erfolg in dem auseinander gebrochenen Jugoslawien, wo das Feuer weiterhin in Serbien, Bosnien, dem Kosovo, dem Montenegro lodert und in Mazedonien vor dem Ausbruch steht. Besonders in Albanien und Mazedonien erhofften sich die USA interessante zukünftige Geschäftsmöglichkeiten. Leider stand ihnen da auf einmal die EU im Wege: Die EU,

dominiert von einem erstarkten Deutschland, einem Grossbritannien mit wiedererwachten Imperiumsgelüsten sowie Frankreich und Spanien, mit ihren nie erloschenen Ideen einer « Grandeur Imperiale ». Für Clinton auf jeden Fall, für Bush schon weniger sicher, können es sich die USA nicht leisten, die EU auf dem Balkan alleine „machen zu lassen“. Also bleibt nichts anderes übrig, als die Nato in den Vordergrund zu schieben.